

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Herausgeber: Zürcher Institut für interreligiösen Dialog
Band: 53 (1997)

Artikel: Der Zionismus und die Schweiz : eidgenössische Behörden und zionistische Aktivitäten : ein wenig herzliches Verhältnis
Autor: Ferrero, Shaul Dominique
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-961574>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER ZIONISMUS UND DIE SCHWEIZ

Eidgenössische Behörden und zionistische Aktivitäten: ein wenig herzliches Verhältnis

*Shaul Dominique Ferrero**

Problemstellung

Die Schweiz wurde als "Land der Kongresse" und "Wiege des politischen Zionismus"¹ angesehen und beherbergte in der Tat vor der Schaffung des Staates Israel unzählige Aktivitäten in Beziehung zum Zionismus. Von 22 Kongressen, die vor 1948 stattfanden, hat sich die Mehrheit, d.h. 14 in der Schweiz abgespielt, 10 davon alleine in Basel.² Ausserdem haben sich viele zionistische Persönlichkeiten mehr oder weniger lange in diesem Land aufgehalten, besonders Chaim Weizmann, der erste Präsident des Staates Israel; während seines ganzen Lebens unterhielt er spezielle Beziehungen zur Schweiz. Er betrachtete die Schweiz auch als Modell für den jüdischen Staat.³ Mehrere Institutionen, die den Zionismus betrafen, wurden in der Schweiz gegründet oder hatten ihren Sitz dort: der Völkerbund, der Jüdische Weltkongress (JWK), der Jüdische Nationalfonds (JNF), die *Jewish Agency* und natürlich die Zionistische Weltorganisation (ZWO) selbst.

Verschiedene Faktoren können den Platz, den die Schweiz in der Geschichte des vorstaatlichen Zionismus einnahm, erklären: eine Empfangstradition für internationale Kongresse, der Einschluss im deutschsprachigen Zentraleuropa, der demokratische und pluralistische Charakter der Eidgenossenschaft, eine schwache Opposition seitens der jüdischen Gemeinden (mangels seiner Bedeutung und wegen des Fehlens einer nationalen Organisation) und zudem ein relatives Wohlwollen der nichtjüdischen Bevölkerung. Nach Professor Paul Guggenheim konnte es keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen "Helvetismus" und Zionismus geben. Die Schweiz war ein "tief pazifistisches Land", "unfähig eines Imperialismus". Ihre internationale Politik war nicht gefährdet, in Konflikt mit einem Land unter britischem Mandat zu kommen, wie etwa Palästi-

* Dr. Shaul Dominique Ferrero, Archiv Yad vaShem, POB 990, IL - 91009 Jerusalem, Israel. Aus dem Französischen übersetzt von Dr. Uri R. Kaufmann, Heidelberg.

1 Zum Begriff der "Wiege": *Nouvelle Presse Juive*, Genf 26.11.1937, Bundesarchiv Bern (BAB), E 2001 (E) 1/232 und E 2802/1967/78/8.

2 Liste der in der Schweiz abgehaltenen Kongresse: Basel 1897 (1.), 1898 (2.), 1899 (3.), 1901 (5.), 1903 (6.), 1905 (7.), 1910 (10.), 1927 (15.), Zürich 1929 (16.), Basel 1931 (17.), Luzern 1935 (19.), Zürich 1937 (20.), Genf 1939 (21.), Basel 1946 (22.).

3 Über die Beziehung zwischen Weizmann und der Schweiz: Reinharz, Jehuda, *Chaim Weizmann, The Making of a Zionist Leader*, New York/Oxford 1985; Rappard, William, *A la mémoire de Chaïm Weizmann, principal fondateur et premier président de l'État d'Israël, ami de la Suisse*, Neuchâtel 1953.

na. Andererseits kann der Jude in einem föderalen und pluralistischen Staat - in welchem der deutschsprachige Schweizer nicht verpflichtet ist, seine Verbindungen zur deutschen Kultur zu brechen, und der Romand Beziehungen mit der lateinischen Kultur unterhält - an der Wiedergeburt des zionistischen Judentums teilnehmen, ohne dass seine persönliche Neigung als nationalen Verrat angesehen werden könnte.⁴

Es bleibt indessen zu untersuchen, ob die Haltung der Schweizer Behörden, im speziellen des Bundesrates, mit der äusserst positiven Vision von Professor Guggenheim immer übereinstimmt, wenn man die wichtigsten zionistischen Aktivitäten in der Schweiz während dieser Epoche betrachtet. Diese Studie möchte dazu beitragen, die Rolle der Schweiz im Rahmen des Zionismus zu bestimmen, insbesondere als sich die antisemitische Barbarei der Nazionalsozialisten ausbreitete und einen Strom von Flüchtlingen in das von dieser Geissel verschonte Land trieb. Hier spielte die Hoffnung eine grosse Rolle, von der Schweiz aus in weiter entfernte und empfänglichere Gegenden, namentlich nach Palästina zu gelangen, das sich damals in den Händen der Engländer befand.

In diesem dramatischen Kontext ist nicht davon auszugehen, dass sich die Beziehungen zwischen der zionistischen Bewegung und der Eidgenossenschaft immer auf idyllische Weise abgespielt hätten, besonders wenn man die vitalen, oft widersprüchlichen Interessen der zwei Parteien in Rechnung stellt. Dies bedeutete nicht, dass die zionistischen Aktivitäten aus der Schweiz verbannt worden wären und dass dieses Land nicht fortfuhr, eine wichtige Rolle für diese Bewegung zu spielen. Zweifellos ergab sich ein bedeutender Gegensatz zwischen der Haltung der Behörden dieses Landes und der Rolle, die sie effektiv für die zionistische Bewegung spielten.

Dieser Aufsatz hat nicht den Anspruch, das Thema erschöpfend zu behandeln und alle Aspekte darzustellen. Bescheidener möchte er sich auf Gegebenheiten abstützen, die in den eidgenössischen Archiven, aber auch in den Archiven der jüdischen und zionistischen Institutionen aktenkundig sind. Zu Beginn möchten wir einen kurzen Überblick über die Geschichte des Zionismus in der Schweiz zwischen dem ersten (1897) und dem 22. Kongress (1946) geben, die beide in Basel abgehalten wurden. Wir werden an vielleicht weniger bekannte Ereignisse erinnern, was neue Gesichtspunkte ergeben kann, die uns erlauben, das Thema in eine neue Perspektive zu setzen.

Erste Gesichtspunkte

Unmittelbar nach dem ersten Zionistenkongress in Basel im August 1897 traten zionistische Gesellschaften in der Schweiz auf, zuerst in Basel, Zürich und Genf, später an anderen Orten. Beim zweiten Zionistenkongress wies die

4 Ferrero, Dominique, La Suisse "berceau du sionisme politique", in: *Equinoxe* 13, Lausanne Frühling 1995 und Guggenheim, Paul, Hélietisme et sionisme, in: *Revue Juive de Genève*, Okt. 1934 - Juli 1935, 187-189.

Schweiz schon sechs lokale zionistische Gruppen auf.⁵ 1901 vereinigten sie sich kurz vor dem Kongress, der einmal mehr in Basel abgehalten wurde, im Schoss des Schweizer Zionistenverbandes (SZV). Weil dieser über kein eigenes Organ verfügte, bediente sich der SZV des *Israelitischen Wochenblattes* als offizieller Bühne, das im selben Jahr gegründet worden war.

Der erste Delegiertentag der SZV, an dem insbesondere Chaim Weizmann teilnahm, fand 1902 in Biel statt. Zu diesem Zeitpunkt zählte die Schweiz 13 zionistische Gesellschaften und 700 Juden zahlten den "Schekel".⁶ 1903, zur Zeit der berühmten Uganda-Krise⁷, sprach sich die schweizerische Delegation im Rahmen des 6. Kongresses mehrheitlich für das Projekt von Herzl aus.⁸

Nach dem Hinschied von Herzl bis 1921, dem Jahr der Wahl Chaim Weizmanns an die Spitze der ZWO, in der Zeit, die Walter Laqueur als Interregnum bezeichnet⁹, fuhr die schweizerische Bewegung fort sich zu entwickeln. 1913, am Vorabend des ersten Weltkriegs, als der Kongress in Wien abgehalten wurde, wies die Schweiz 16 Organisationen mit ungefähr 600 Mitgliedern auf, während 1300 Schekel verkauft wurden.¹⁰ Der Prozentsatz der verkauften Schekel war einer der höchsten der Welt.¹¹

Der erste Weltkrieg störte die Aktivitäten der zionistischen Weltorganisation schwer. Die Juden, d.h. auch die Zionisten fanden sich auf die beiden kriegführenden Lager verteilt, und es fiel der ZWO sehr schwer, neutral zu bleiben und ihre Einheit aufrechtzuerhalten. Offiziell blieb der Sitz der Organisation in Berlin, aber ein Verbindungszentrum wurde in Kopenhagen eröffnet, um den Kontakt mit den verschiedenen nationalen Vereinigungen aufrechtzuerhalten¹². Schliesslich überstand die ZWO den ersten Weltkrieg unversehrt, aber ihr Schwerpunkt hatte sich vom deutschen Zentraleuropa in die angelsächsische Welt und nach Palästina verlagert.

Der SZV versuchte ebenfalls seine Einheit aufrechtzuerhalten und neutral zu bleiben, sowohl im Bild der ZWO und der Eidgenossenschaft. Trotz aller Loyalität zur Berliner Zentrale bedauerte der SZV, dass der Sitz der ZWO nicht

5 *Stenographisches Protokoll des II. Zionisten-Congresses*, Wien 1898, 47.

6 *Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz* (= IW) (1902) 52, 1f. (Anm. d. Redaktion: Der Schekel, ursprünglich eine biblische Gewichts- und Münzeinheit, bezeichnet im Wortgebrauch der ZWO den symbolischen Beitrag jedes Juden, der ihr Mitglied ist.)

7 Herzl wollte in einer Art "Nachtsyl" die damals aus Osteuropa fliehenden Juden in diesem von den Engländern verwalteten Gebiet unterbringen. Dies rief den scharfen Protest der grossen Masse der aus Osteuropa stammenden Aktivisten hervor. (Anm. d. Redaktion)

8 *Protokoll* 1903, 223-227.

9 Laqueur, Walter, *Histoire du Sionisme*, Paris 1973, 208-306.

10 *Bericht des Action-Comités der Zionistischen Organisation für den 11. Zionisten-Kongress*, Wien 2.-9.9.1913, 59f.

11 Laqueur, Walter, aaO 186.

12 AaO 263.

in ein neutrales Land verlagert worden war.¹³ Der Wille zur Neutralität zeigte sich in der Verurteilung des Positionsbezugs von Felix Lazare Pinkus zugunsten der Eroberung des osmanischen Palästina durch eine jüdische Brigade an der Seite der Engländer von 1916. Pinkus musste zu Beginn des Jahres 1917 zurücktreten.¹⁴

Die Balfour-Erklärung¹⁵ änderte nicht sofort den Neutralismus des SZV. Anlässlich ihres Delegiertentags vom 5. September 1918 begnügten sich die Schweizer Zionisten zu erklären, dass sie “mit Befriedigung die Erklärungen der Regierungen der europäischen und amerikanischen Staaten, wie der Arbeiterorganisationen zur Kenntnis nehmen, die sich für die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte aussprechen”¹⁶, und schlossen die Balfour-Erklärung somit unter anderen ähnlichen Erklärungen ein. Erst im Oktober 1918, als Weizmann aus Palästina zurückkehrte, entschloss sich der SZV, ihm eine Grussbotschaft zu schicken, um ihm für seine fruchtbare Arbeit zugunsten des jüdischen Volkes und des zionistischen Ideals sehr zu danken.¹⁷ Die Windungen des Krieges hinderten den SZV nicht daran sich zu entwickeln. 1918 umfasste er 27 lokale Gesellschaften, darunter neue religiöse zionistische Gruppen (*Misrachi*)¹⁸ in Basel, Zürich und Luzern.¹⁹

Die Periode, die dem ersten Weltkrieg folgte, war durch das Übergewicht der Sonderverbände über die Landesverbände innerhalb der ZWO gekennzeichnet. Die Schweiz entging diesem Phänomen nicht; man fand in ihr alle ideologischen Strömungen, einerseits allgemeine Zionisten, die den Landesverbänden und der Weizmannlinie treu waren, und andererseits die religiösen Zionisten des *Misrachi*. Delegierte beider Strömungen vertraten abwechselnd die Schweiz an den zionistischen Kongressen. Die zionistisch-revisionistischen und sozialistischen Gruppen blieben relativ marginal. Erst zu Beginn des zweiten Weltkriegs sollten die Linkszionisten an Bedeutung gewinnen.

Während dieser Zeit diente die Schweiz als Bühne vieler Aktivitäten, die mit Juden und Zionismus zu tun hatten. 1920 entstand der Völkerbund in Genf. Seine ständige Mandatskommission war beauftragt, die Anwendung des Palästi-

13 *IW* (1915) 35, 1; (1915) 40, 2 und Central Zionist Archives (CZA), Z 3/899, Brief vom 24.9.1915.

14 *IW* (1917) 5; (1917) 6, 4.9f; (1917) 7, 3f; (1917) 8, 1f. und CZA Z 3/901. Pinkus, Lazare Felix, *Vor der Gründung des Judenstaates*, Zürich 1918.

15 Balfour-Erklärung: Abgegeben am 2.11.1917 durch den britischen Aussenminister Arthur James Balfour. In ihr wurde zum ersten Mal die zionistische Bewegung und ihr Anliegen, ein “nationales Heim” in Palästina einrichten zu wollen, von einer Grossmacht ernstgenommen. (Anm. d. Red.)

16 *IW* (1918) 20, 1-3 und *Schweizerischer Zionistenverband, Jahresbericht* (1917/18), 4f.

17 *IW* (1918) 42, 3.

18 Wortbildung aus dem hebr. “*Mêrkas Ruchani*”, d.h. “geistiges Zentrum”, die Bezeichnung für das moderne zionistische orthodoxe Judentum, im israelischen Parteienleben als “National-religiöse Partei” (MAFDAL) bekannt. (Anm. d. Red.)

19 *Jahresbericht des Schweiz. Zionistenverbandes*, s.o. Anm. 16.

namandats durch die Briten zu kontrollieren, das die Balfour-Erklärung enthielt. Um die Arbeit der Kommission verfolgen zu können, errichtete die ZWO ein Verbindungsbüro in Genf, das zuerst Viktor Jacobson, der ehemalige Verantwortliche des Kopenhagener Büros, bis zu seinem Tod im Jahr 1934 leitete. Nach einem durch Jules Becker abgesicherten Intermezzo, nahm Nahum Goldmann die Leitung bis zu seiner Abreise in die Vereinigten Staaten 1940 wahr.²⁰ Die Präsenz des Völkerbundes in Genf führte viele zionistische Persönlichkeiten dorthin, besonders Weizmann, aber auch seinen Rivalen Wladimir Jabotinsky.

Der Genfer Professor William Rappard, der das *Institut des Hautes Études Internationales* gründete, war während der ganzen Zeit ihres Bestehens Mitglied der Mandatskommission. Er konnte so aus der Nähe die Anstrengungen der Zionisten in Palästina verfolgen und wurde ein Freund Weizmanns, obwohl er offiziell eine grosse Zurückhaltung in dieser Frage hegte. Während der Eröffnung der Hebräischen Universität in Jerusalem im Jahr 1925 repräsentierte er die Universität Genf.²¹

Im Rahmen des 15. Kongresses, der 1929 in Zürich stattfand, wurde die erweiterte *Jewish Agency* ins Leben gerufen. Sie sollte nach den Wünschen Weizmanns zu einer Hälfte aus Zionisten zur anderen aus Nichtzionisten zusammengesetzt sein. Anlässlich einer ausserordentlichen Versammlung entschieden sich die Delegierten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) mit einer grossen Mehrheit, an ihr teilzunehmen.²² So wurde - trotz der Zurückhaltung gewisser Leute - die offizielle "Verlobung" zwischen dem schweizerischen Gemeindejudentum und der zionistischen Bewegung hergestellt.

Die Machtübertragung an die Nazis in Deutschland und der Zustrom jüdischer Flüchtlinge, den sie auslöste, führten in der Schweiz nach 1933 zur Gründung von lokalen Gruppen der Pionier-Jugendbewegung der Linken, wie des *HêChaluz* (Hebr.: der Pionier) und des *HaSchomer HaZa'ir* (Hebr.: die junge Garde). Wenig später, 1936, wanderte eine Gruppe junger *Chaluzim* von der Schweiz ins Land Israel aus. Dort gründeten sie in der Folge einen Kibbuz mit Kameraden, die aus Deutschland gekommen waren.²³ 1936 wurde ebenfalls der Jüdische Weltkongress (JWK) in Genf nach grossen Anstrengungen und mehreren vorbereitenden Sitzungen gegründet.²⁴ Nahum Goldmann wurde zum Präsidenten des Verwaltungskomitees gewählt und vertrat den JWK in der Schweiz, indem er diese Funktion mit der schon erwähnten als Vertreter der ZWO beim Völkerbund kumulierte.²⁵

20 Art. "Becker, Julius", "Goldmann, Nahum", "Jacobson, Victor", in: *Encyclopaedia Judaica*, Jerusalem 1971.

21 *Schweizer Stimmen zum Zionismus*, Schriftenreihe des Schweiz. Zionistenverbandes, Heft 3, Genf 1944, 12 und Rappard, William, aaO 33-40, s.o. Anm. 3.

22 *IW* (1929) 25,6; (1929) 26, 1 et passim.

23 *HêChaluz* (1936), *Wir bauen ein Kibuz* (o. J.), und Kaufmann, Uri/Schmerling, Doron: *50 Jahre Haschomer Hazair in der Schweiz*, Zürich 1984, 2-5.

24 Bundesarchiv Bern (BAB), E2001 (C) 4/124.

25 Über Goldmann und Genf: Goldmann, Nahum, *Autobiographie*, Paris 1971 und *Le paradoxe juif*, Paris 1976.

Noch einige zionistische Kongresse fanden in der Schweiz während dieser Periode trotz der zunehmenden Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland statt. Der letzte wurde im August 1939, kurz vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs, in Genf abgehalten. Durch diesen Umstand blieb eine grosse Zahl der zionistischen Delegierten in der Schweiz blockiert und nutzte dies, um ihre Aktivitäten auf neutralem Territorium, verschont von Feindseligkeiten, weiterzuführen und um ihren unglücklichen Religionsgenossen Hilfe zu bringen, die der nazistischen Tyrannei unterworfen waren. Die Hilfe für die Flüchtlinge sollte während der Dauer des Krieges fast die gesamten jüdischen Kräfte beanspruchen, zionistische wie nichtzionistische, in der Schweiz und anderswo. Die Hauptsorge der Zionisten galt insbesondere der Absicherung ihres Transfers nach Palästina trotz aller Schwierigkeiten.

1946 fand, einmal mehr in Basel, der letzte Zionistenkongress statt, der in der Diaspora abgehalten wurde. Dank ihrer 5000 verkauften Schekel hatten die Zionisten in der Schweiz das Recht, zwei Delegierte zu entsenden. Auf den vier Listen, die es zur Zeit der Wahl gab, erlangte die *Misrachi*²⁶ den Sieg, gefolgt durch die Allgemeinen Zionisten. Obwohl die beiden Listen der Linken zusammen mehr Stimmen als die anderen erhielten, wirkte sich ihre Zersplitterung jedoch fatal aus.²⁷

Schweizer Behörden und Zionistenkongresse

Vor dem ersten Weltkrieg führten die Unbeständigkeit der schweizerischen Aussenpolitik und die fast ausschliesslich kantonalen Kompetenzen in dieser Sache zusammen mit der Bedeutungslosigkeit des Zionismus zum Fehlen von Hinweisen über zionistische Aktivitäten in den eidgenössischen Dossiers. Für diese Periode ist vor allem der Halbkanton Basel-Stadt betroffen, da alle Kongresse, die vor dem ersten Weltkrieg in der Schweiz abgehalten wurden, auf seinem Territorium stattfanden. Im allgemeinen war die Haltung der Städte und Kantone der Schweiz, wo sich die Kongresse abspielten (Basel, Zürich, Luzern und Genf), positiv. Die lokalen Behörden - wenig von den Feinheiten der internationalen Diplomatie betroffen - waren am Prestige und an den wirtschaftlichen Vorteilen interessiert, die ihnen die Kongresse innerhalb der Mauern ihrer Stadt brachten.

Das Verhalten der Basler Behörden ist deshalb entscheidend, um dies zu beurteilen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass ihre Einstellung auf Antrieb günstig gewesen war, und dies blieb auch bis zum Ende so. Vom 6. Kongress (1903) an machte sich die Basler Regierung zur Gewohnheit, den zionistischen Delegierten Willkommensbotschaften zuzustellen, und liess ihren Mitgliedern die Freiheit, den Debatten beizuwohnen. In der Tat besuchten Mitglieder der Basler Regierung seit dem ersten Kongress die zionistischen Versamm-

26 Vgl. Anm. 18.

27 *IW* (1946) 42, 11; (1946) 45, 7.

lungen.²⁸ Vom 15. Kongress an kamen regelmässig Vertreter der lokalen Behörden, um die Kongressteilnehmer zu grüssen, manchmal auch im Namen der eidgenössischen Behörden. Dies war beispielsweise in Genf im Jahr 1939 der Fall, als der Präsident des Staatsrats, Adrien Lachenal, und der Bürgermeister der Stadt, Jules Peney, im Foyer des Grand-Théâtre an der Eröffnungssitzung des 16. Kongresses teilnahmen.²⁹

Als man einen Moment lang überlegte, Zürich als Austragungsort des 17. Kongresses zu wählen, fragte das Eidgenössische Politische Departement (EPD) die städtischen Behörden an, ob sie bereit wären, diese Tagung zu empfangen. Diese beeilten sich zu antworten, dass ihre Stadt ausgezeichnet dazu in der Lage sei, den nächsten Kongress ordentlich zu empfangen, und aus wirtschaftlichen Gründen wären sie sehr glücklich, wenn Zürich wirklich bestimmt würde.³⁰ Diese Reaktion zeigt den guten Empfang, der gewöhnlicherweise den zionistischen Versammlungen durch die lokalen Behörden bereitet wurde.

Die Haltung der eidgenössischen Behörden war hingegen komplexer und entwickelte sich negativ im Verlauf der Zeit zwischen der Balfour-Erklärung (1917) und der Teilung Palästinas durch die Vereinten Nationen (1947), die zur Ausrufung der Unabhängigkeit des Staates Israel führte.

Nach dem ersten Weltkrieg erzeugte eine kurze Phase des guten pazifistischen und humanitären Willens, abgestützt auf die "Neue Diplomatie" und die Prinzipien, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson verkündet hatte, den Völkerbund. In der Schweiz war Felix Ludwig Calonder, der Bündner Bundesrat, Chef des EPD und Bundespräsident, im Jahr 1918 der grosse Verbreiter einer schweizerischen Version der Neuen Diplomatie. Um die schweizerische Neutralität in einem offeneren und engagierteren Sinne neu zu definieren, verteidigte er energisch den Völkerbund, seine Einrichtung in der Schweiz wie auch die Beteiligung dieses Landes an dessen Aktivitäten.³¹

In diesem günstigen Kontext, der das Recht von Völkern und die Verteidigung von Minderheiten ernst nimmt, ordnet sich die öffentliche Erklärung von Calonder zugunsten der zionistischen Aktivitäten nach dem Empfang für die Vertreter des schweizerischen Zionismus am 16. Oktober 1918 ein.³² Diese Geste ist auch in die Reihe ähnlicher Erklärungen anderer europäischer Regierungen einzuordnen. Aber der Wind drehte sich schnell, und die Hoffnungen der Nachkriegszeit lösten sich auf, um einer langen Periode der Desillusionen, Krisen, Diktaturen und Konflikte Platz zu machen, die zu einem totalen Krieg und

28 Über Basel: Dumoulin, Denis, *La Suisse et les débuts du mouvement sioniste*, Université de Fribourg 1973 (nicht publ. Liz. Arbeit); vgl. auch *Schweizer Stimmen zum Zionismus*, aaO 6-8, s.o. Anm. 21.

29 *Schweizer Stimmen zum Zionismus*, aaO 26 und Archives de la Ville de Genève, 03.PV.98/1939, 434, 612, 684, 698.

30 Bundesarchiv Bern (BAB), E 2001 (E), 1/258, Brief vom 1. Feb. 1946.

31 Fleury, Antoine, La politique étrangère de la Suisse et la "Nouvelle Diplomatie", in: *Itinera* (1987) 7.

32 *IW* (1918) 43 und *Schweizer Stimmen zum Zionismus*, aaO 10f.

zum Genozid führten. Diese schreckliche Entwicklung hatte offensichtlich auf die Schweiz und ihre Haltung zum Zionismus ihre Auswirkungen.

Nach der verfrühten Demission von Calonder aus dem Bundesrat (1919) kehrte die Aussenpolitik der Schweiz, die von 1920 bis 1940 der Tessiner katholisch-konservative Bundesrat Giuseppe Motta leitete, ohne Verzögerung zur Konzeption der strikten Neutralität zurück, die enger und ausschliessender war.³³ Die wesentliche Funktion dieser Politik bestand in der Verteidigung der Interessen der Schweiz, indem sie die Schweiz so lange wie möglich ausserhalb der immer gefährlicheren Turbulenzen der diplomatischen Szene der Welt setzte.

In diesem neuen Kontext ist es nicht überraschend, dass die eidgenössischen Behörden zur zionistischen Bewegung auf Distanz gingen, da sie offensichtlich nicht wünschten, ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu England, Deutschland oder den arabischen Staaten wegen einer Handvoll jüdischer Aktivisten unnötigerweise zu beeinträchtigen, deren Projekt mit ungewisser Zukunft ihnen wenig wichtig war. Trotzdem wurde die Schweiz - nach einer langen Periode des Unterbruchs zwischen 1911 und 1927, die auf den Krieg und die Abhaltung der ersten Nachkriegskongresse ausserhalb ihrer Grenzen zurückging - wieder bis 1946 das "Land der Kongresse". Es ist deshalb besonders interessant, die Haltung der Schweizer Regierung zur Abhaltung dieser Kongresse auf ihrem Territorium zu studieren.

Der 15. Kongress fand in Basel vom 30. August bis zum 11. September 1927 statt. Zu Beginn des Monats August informierte das zentrale Büro der zionistischen Exekutive in London Bundespräsident Giuseppe Motta über die Abhaltung des Kongresses; Motta und seine Kollegen im Bundesrat wurden eingeladen, an der Eröffnungszeremonie teilzunehmen.³⁴ Zur Unterstützung der Demarche zitierte das zentrale Büro den Fall des vorhergehenden Kongresses, der 1925 in Wien abgehalten wurde, an welchem die österreichischen Behörden an der Eröffnungssitzung anwesend waren. Durch einen Brief vom 20. August antwortete Motta indessen mit dem Vorwand, dass er die Einladung des zentralen Büros wegen der 8. Versammlung des Völkerbundes am 5. September nicht annehmen könne. In Wirklichkeit bezog sich die Entscheidung Mottas auf eine Mitteilung des EPD an den Bundesrat, in der festgehalten wurde, dass "es das Departement nicht als notwendig erachte, sich an dem Anlass vom 30. August zu beteiligen, wie auch das Interesse des Kongresses von Basel sei und wie legitim auch der Wunsch der Juden sei, eines Tages ihr Vaterland wiederherzustellen und wieder zu erlangen".³⁵

Anlässlich des 16. Kongresses, der 1929 in Zürich abgehalten wurde, zeigte sich dieselbe Haltung. Wieder wünschten die zionistischen Verantwortlichen die Teilnahme des Bundespräsidenten, wieder entledigte er sich der Sache.³⁶ Im Gegensatz zu gewissen Quellen scheint es nach der Sichtung des betreffenden Dos-

33 Fleury, Antoine, aaO.

34 BAB, E 2001 (C) 4/127, 3./4. August 1927.

35 Ebd.

36 AaO, 7. Juni 1929.

siers, dass der Bundespräsident Robert Haab in diesem Jahr nie persönlich eine zionistische Delegation empfangen hat, sondern dass dies bloss durch einen hohen Funktionär geschah. Im Gegensatz dazu akzeptierte der Bundesrat die Entsendung eines Vertreters an die Eröffnungssitzung der erweiterten *Jewish Agency*, die zur selben Zeit in Zürich stattfand, und entsandte Paul Dinichert, den Chef der Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten beim EPD, unter dem Vorwand, dass es sich hier um eine konstituierende Versammlung handle.³⁷

Das gleiche Szenario spielte sich 1931 ab, als der 17. Kongress in Basel abgehalten wurde. Noch einmal lud die zionistische Leitung die eidgenössischen Behörden ein, an der Eröffnungszeremonie vom 30. Juni teilzunehmen.³⁸ Die Antwort von Motta war keine Überraschung: Auch dieses Mal kündigte er der zionistischen Exekutive die Unmöglichkeit an, dass Bundespräsident Heinrich Häberlin und seine Kollegen im Bundesrat an der Sitzung teilnehmen könnten. Das EPD urteilte, „dass die Schweizer Regierung nicht an diesen Versammlungen teilnehmen sollte, die überhaupt keinen offiziellen Charakter tragen und deren Verhandlungen unser Land kaum interessieren“.³⁹ Der zionistische Vertreter im Völkerbund, Victor Jacobson, versuchte über eine Demarche durch den Vermittler J. D. de Montenach, ein Mitarbeiter des Sekretariats des Völkerbunds, zu erreichen, dass der Bundesrat ein Mitglied der kantonalen Regierung ermächtige, im Namen der eidgenössischen Behörden den Kongress zu grüssen, wie dies am 16. Kongress gemacht worden war. Aber die Angelegenheit zog sich in die Länge und die Antwort des EPD kam zu spät.⁴⁰

Eine neue Ausflucht benutzten die eidgenössischen Behörden im Jahr 1935 anlässlich des 19. Kongresses, der in Luzern abgehalten wurde. Nichtsdestotrotz war Bundespräsident Rudolf Minger wie auch Motta einverstanden, dass Nationalrat Heinrich Walther sie und die lokalen Behörden anlässlich der Eröffnungssitzung vertrete.⁴¹ Wir stellen fest, dass sich die gleiche Haltung anlässlich des ersten „Jüdischen Weltkongresses“ in Genf 1936 wiederholte. Motta wich aus und gab sich damit zufrieden, eine Grussbotschaft zu senden. Es ist wahr, dass die Sache heikel war, da die jüdischen Vertreter während der Vorbereitungsitzungen der vorhergehenden Jahre, die in ihrer Mehrheit in Genf abgehalten worden waren, zu einem Boykott deutscher Produkte aufgerufen hatten. Dies bemerkte auch die nationalsozialistische Presse und stufte diese Stadt als „anti-deutsch“ ein.⁴² Bern erlaubte aber trotzdem die Abhaltung des Kongresses und berief sich auf den Fall des Zionistenkongresses von 1935.

Von 1935 an (der 18. Kongress von 1933 fand in Prag statt), bereitete die Abhaltung von Zionistenkongressen der Eidgenossenschaft neue Probleme, nachdem die Nazis die Macht in Deutschland ergriffen hatten. Zuerst handelte es

37 AaO, extrait du PV du Conseil fédéral, séance du 9 août 1929.

38 AaO, 7. Juni 1929.

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Ebd.

42 BAB, 2001 (C) 4/124.

sich darum, das Reich nicht dadurch zu provozieren, dass man die Aktivität kämpferischer Juden begünstigte, die zum Reich feindlich eingestellt waren. Ferner wollte man darauf aufpassen, dass durch die Kongresse für Juden, die vor antisemitischen Verfolgungen flüchteten, nicht längere Aufenthalte möglich wurden. Von nun an beschäftigte die Abhaltung zionistischer Kongresse nicht nur das politische Departement, sondern noch mehr des eidgenössische Departement für Justiz und Polizei (EJPD).

1935 waren die Zulassungsbedingungen noch nicht allzu drakonisch. Das Visum wurde den zionistischen Delegierte gratis und ohne Vorbehalte erteilt, sofern sie auf der Liste der notwendigen Teilnehmer am Kongress eingetragen waren. Die eidgenössischen Behörden vertrauten in dieser Hinsicht den zionistischen Instanzen.⁴³ In bezug auf den 20. Kongress im Jahr 1937 drückte der Vorsteher des EJPD gegenüber Nahum Goldmann seine Befriedigung aus, dass der Kongress in Zürich und nicht in Basel stattfände, wie es ursprünglich vorgesehen war, da diese Stadt entschieden zu nahe an der deutschen Grenze läge.⁴⁴ Tatsächlich waren die Delegierten bereit, sich noch einmal in Luzern zu vereinigen, wurden aber wegen dem Mangel an Hotelbetten abgehalten. Allgemein kam man überein, dass sich die Delegierten jeglicher Handlungen ausserhalb des Kongresses enthielten.

Im August 1939, anlässlich des 21. Kongresses in Genf, war die Situation schon angespannter und die Aufenthaltsbedingungen strenger. Inzwischen war es 1938 zum Anschluss [Österreichs], der Auflösung der Tschechoslowakei sowie der sogenannten "Kristallnacht" gekommen, und der Krieg näherte sich. Die eidgenössische Fremdenpolizei unter der Leitung von Hohl überwachte die Erteilung der Visa an die zionistischen Delegierten, die aus dem Reich kamen, genau und unterhielt eine enge Korrespondenz mit den schweizerischen diplomatischen Vertretern in Berlin, Wien und Prag, wie auch mit dem Büro für Aufenthaltserlaubnis des Kantons Genf.⁴⁵ Die betroffenen Personen wurden angewiesen, vor dem ersten September 1939 nach Deutschland zurückzukehren oder sich mindestens in ein anderes Land zu begeben. Sie mussten sich dazu verpflichten und ein "Kenntnispapier" unterzeichnen. Als der Kongress in Folge des Ribbentrop-Molotov Paktes verfrüht unterbrochen wurde, erkundigte sich die eidgenössische Fremdenpolizei beunruhigt bei den Genfer Behörden über die erfolgte Abreise der zionistischen Delegierten.⁴⁶

Die Weltvereinigung der jüdischen Studenten plante, sich zur selben Zeit wie der 21. Kongress in Genf zu versammeln. Aber die zionistischen Verantwortlichen konnten nicht für sie garantieren, und die eidgenössische Fremdenpolizei weigerte sich, den Teilnehmern "ohne weiteres" Visa zu erteilen.⁴⁷ Dieselbe Position teilte das EJPD, indem es die Teilnahme von "St. Galler Emigranten"

43 BAB, 4300 (C) 1971/80/13, "1935".

44 AaO, "1937".

45 AaO, "1939".

46 Ebd., vgl. die Notiz vom 28. August 1939.

47 Ebd. und BAB, E 2001 (C) 4/127.

am Kongress als nicht gerechtfertigt erachtete und der Auffassung war, ihre Erklärungen seien mit grosser Vorsicht aufzunehmen.⁴⁸ Die Frage der zionistischen Legitimationskarte für die Teilnehmer am Kongress gab Anlass zu einem gewichtigen Briefverkehr zwischen den Organisatoren und den Behörden.

Was die Wahl der Stadt Genf als Ort für den Kongress betrifft, scheint der Hauptgrund offenbar in der Entfernung von der deutschen Grenze zu liegen und nicht in der Vorliebe der Zionisten für die lateinische Kultur oder für den Reiz des Genfersees. Auch Lausanne wäre für die Bundesbehörden in Frage gekommen, aber auf keinen Fall eine Deutschschweizer Stadt.⁴⁹ Man war offensichtlich übereingekommen, dass sich die Zionisten jeder Aktivität enthielten, die der Beziehung der Schweiz zu anderen Staaten schaden könnte. Indessen wurde die Sorge der eidgenössischen Behörden in dem Masse reduziert, in dem ihnen bewusst wurde, dass die Zionisten gezwungen waren, Deutschland zu schonen, wenn sie die Auswanderung der Juden aus diesem Land nach Palästina sichern wollten.⁵⁰ Die Eröffnungssitzung spielte sich schliesslich am 16. August 1939 im Foyer des Grand-Théâtre ab - bekanntlich in Gegenwart des Präsidenten der Genfer Regierung, Adrien Lachnal, der eine Rede im Namen des Bundesrates und des Staatsrates hielt.⁵¹

Der Ausbruch des zweiten Weltkriegs überraschte die Delegierten und hinderte viele daran, ihre Ursprungsländer wieder zu erreichen - im Gegensatz zu den Wünschen der Schweizer Behörden. Einige entschlossen sich, zur Zeit der Feindseligkeiten in Genf zu bleiben und zu versuchen, so gut wie möglich ihre in die Hände der Nazis gefallenen Religionsgenossen zu retten oder zu unterstützen.

Zionisten und Flüchtlinge in der Schweiz

Alle Energie der Juden - insbesondere der Zionisten - wurde von der Machtergreifung der Nazis in Deutschland im Jahr 1933 an, noch intensiver während des Kriegs und selbst danach völlig vom tragischen Problem ihrer aus der Nazi-Hölle flüchtenden - oder zu flüchten versuchenden - Glaubensgenossen in Anspruch genommen.

Die Lokalgruppen der Bewegungen junger zionistischer Pioniere, *HêChaluz* und *HaSchomer HaZa'ir*, deren Erscheinung in der Schweiz mit der ersten Flüchtlingswelle aus Deutschland zusammenfiel, beschäftigten sich vor allem mit der Emigration der Jungen nach Palästina. Indem sie an die Arbeiterbewegung (MAPAI)⁵² angeschlossen waren und sich dem Kreis der "Jugendali-

48 Ebd.

49 Ebd.

50 AaO, 18. April 1939.

51 *Schweizer Stimmen zum Zionismus*, aaO 26, s.o. Anm. 21.

52 Stärkste Partei war die MAPAI, hebr. Abkürzung für *Miflêgê Po'alei Êrêz Jisrael*, d.h. Partei der Arbeiter des Landes Israel (Anm. d. Red.).

jah”⁵³ zuordneten, die von Henriette Szold geleitet wurde, versuchten sie die jungen Freiwilligen so gut wie möglich vorzubereiten, bevor sie gesandt wurden, die neue jüdische nationale Heimstätte aufzubauen. Es handelte sich nicht nur darum, ein Land aufzubauen, sondern auch sich selbst aufzurichten und eine neue jüdische Identität zu schmieden, die mit derjenigen der Diaspora brach⁵⁴. Das proletarische Willensideal, das einer Pionierelite vorbehalten war, konnte in Konflikt treten mit der Notwendigkeit, die grösste Zahl der Verfolgten zu retten, ohne ihre ideologische Orientierung oder ihren Vorbereitungszustand zu beachten. Aber die strikte Begrenzung der Einwanderungszertifikate für Palästina durch die Briten erzwang sowieso eine strenge Auswahl. Um die jungen Pioniere vorzubereiten, wurden Orte der “*Hachschara*” (Hebr.: Vorbereitung) errichtet, wo sie sich in bäuerliche und handwerkliche Beschäftigungen einführen lassen konnten und gleichzeitig Elemente der hebräischen und der jüdischen Kultur erwarben.

Bis 1938 stellte die Weiterreise von Flüchtlingen aus Deutschland in andere Länder kein allzu grosses Problem dar. Der Mehrheit unter ihnen glückte es, die Schweiz nach wenigen Monaten zu verlassen. Aber die dramatische Verschlechterung der Lage der Juden in Deutschland während des Jahres 1938, verbunden mit der arabischen Revolte in Palästina, und das Scheitern der Evian-Konferenz⁵⁵ führten zu einer fast geschlossenen Sperrung der Grenzen im Moment, in dem das Bedürfnis nach einem Zufluchtsort am drängendsten war. In einem grossen Teil Europas fanden sich die Juden in einer heimtückischen Falle, sogar bevor der Krieg ausbrach. Jetzt konzentrierten sich alle jüdischen Organisation darauf, sie [aus Deutschland] ausreisen zu lassen. Die Zionisten versuchten sie insbesondere nach Palästina zu leiten.

Vor dem Krieg war Genf schon Sitz von Organisationen wie des IKRK (Internationales Komitee des Roten Kreuzes), des Völkerbundes und des Jüdischen Weltkongresses. Während der Feindseligkeiten wurde die *Jewish Agency* vom deutsch-zionistischen Leiter Richard Lichtheim vertreten, während Chaim Pazner den Vorsitz im Palästina-Amt einnahm, unterstützt vom Genfer Rechtsanwalt Samuel Scheps. Gerhardt Riegner übernahm die Nachfolge von Goldmann im Bureau des JWK, während Nathan Schwalb die Leitung des Weltzentrums des *HêChaluz* übernahm. Hinzu kam die Aktivität von Silberschein, einem Mitglied der Arbeiterbewegung und Mitarbeiter des Jüdischen Weltkongresses, der das “*Relico*” (*Relief Committee*, d.h. Hilfskomitee) gründete, das darauf spezialisiert war, Juden in Ländern deutscher Besetzung Päckchen zu schicken.⁵⁶ Im Verlauf der Feindseligkeiten diente die Schweiz auch als Basis grosser philanthropischer jüdischer Organisationen, wie der OSE (*Oeuvre de Secours aux*

53 *Alijah*: Auswanderung nach Palästina, wörtlich “Aufstieg” (Anm. d. Red.).

54 Laqueur, Walter, aaO 396-493 und 702-710, s.o. Anm. 9.

55 Evian-Konferenz: tagte auf der savoyischen Seite des Genfersees und wollte Lösungen des Flüchtlingsproblems finden, endete aber ohne Ergebnisse (Anm. d. Red.).

56 (Wagmann) Eshkoli, Hava, *The Founding and Activity of the HeHalutz-Histadrut Rescue Center in Geneva, 1939-1942*, in: *Yad vaShem Studies* 20, Jerusalem 1990, 161-210.

Enfants, Kinderhilfswerk), der ORT (Organisation zur beruflichen Ausbildung) und besonders des berühmten „*Joint*“ (*American Joint Distribution Committee*), der zum grossen Financier der Hilfswerke für die in Europa und Asien verfolgten Juden wurde.⁵⁷ Vergessen wir schliesslich nicht die Präsenz der *Agudat Israel*, der Weltorganisation der orthodoxen nichtzionistischen Juden, die sich vor allem bemühten, die grossen religiösen Gemeinschaften Osteuropas und ihre Rabbiner zu retten. Obwohl alle Organisationen darum kämpften, das europäische Judentum vor Schicksalsschlägen zu retten, arbeiteten sie nicht notwendigerweise eng zusammen, jede hatte ihre ideologische Orientierung und ihre Klientel.

Die Zionisten versuchten deshalb vor allem die *Chaluzim* und andere Juden aus den Krallen der Nazis zu entreissen, um ihnen die Auswanderung nach Palästina zu ermöglichen. Das Problem bestand darin, dass die Inhaber von Einwanderungszertifikaten, deren Zahl schon durch die restriktive Politik der Engländer - beeinflusst durch das Weisse Buch des Jahres 1939 - sehr beschränkt war, oft durch die Konflikte gehindert wurden, in den Nahen Osten zu reisen. Sie konnten auf unbegrenzte Zeit in den von den Nazis kontrollierten Gebieten aufgehalten werden, einige konnten sich in neutrale Länder wie die Schweiz, Spanien, Portugal und die Türkei begeben, aber ohne Garantie, ihren Weg fortsetzen zu können. Ausserdem hatten sich die Deutschen bei den Arabern, insbesondere beim Grossmufti von Jerusalem, Hadsch Amin el-Husseini, verpflichtet, die Ausreise von Juden nach Palästina nicht zu begünstigen.⁵⁸

In Genf war es die Hauptaufgabe von Nathan Schwalb, den Kontakt mit den Zentren des *HêChaluz* und den auf die besetzten Länder zerstreuten *Chaluzim*-Gruppen aufrechtzuerhalten, um ihnen regelmässig Informationen, moralische Unterstützung, materielle Hilfe, Lebensmittel und Geld im Rahmen seiner schwachen Mittel zukommen zu lassen. In Wirklichkeit war Schwalb alleine auf sich gestellt, seine Aufgabe zu erfüllen, und verfügte praktisch über kein Budget. Glücklicherweise konnte er auf die Unterstützung von Saly Mayer, dem offiziellen Vertreter des *Joint* in der Schweiz zählen. Mayer spielte eine wesentliche Rolle bei der Verteilung der Unterstützungsgelder an die verschiedenen jüdischen Hilfsorganisationen für die Opfer des Nationalsozialismus, da er Bürger eines neutralen Staates war, der mitten im Herzen Europas lag. Eine enge Zusammenarbeit entspannte sich zwischen Mayer und Schwalb. Der *Joint* unterstützte die Aktivitäten des *HêChaluz* in Europa, während Schwalb Mayer mit wertvollen Informationen über den Fortgang der Schoa in den verschiedenen Teilen des Kontinents versorgte. Schwalb hielt erfolgreich Kontakte mit lokalen *Chaluzim* aufrecht.⁵⁹

In der Schweiz war es die grosse Aufgabe der Zionisten, den Empfang und Unterhalt der Flüchtlinge zu unterstützen, während diese auf ihre Weiterreise nach Palästina warteten. Sie versuchten ein System der *Hachschara* (Vorberei-

57 Vgl. das Saly Mayer-Dossier des Joint Archivs: Yad vaShem Archiv JP-P.36, 11.713-11.729.

58 AaO und Wiesenthal, Simon, *Grossmufti - Grossagent der Achse*, Wien 1947.

59 Yad vaShem Archiv, JP-P.36, Dossiers 24-25. Über die Aktivitäten des *HêChaluz* in der Schweiz siehe: (Wagman) Eshkoli, Hava, aaO, s.o. Anm. 56.

tungslager) einzurichten, damit sich die Flüchtlinge während dieser Wartephase auf ihr künftiges Leben in einer jüdischen und zionistischen Umgebung vorbereiten konnten, statt in einem gewöhnlichen Lager zu verelenden. Lange Zeit war dies nicht möglich, was die *Chaluzim* nicht daran hinderte, die Schweiz vor dem Krieg - wie man weiss - zu verlassen und sich im Land Israel einzurichten.

Schon vor dem Ausbruch des Kriegs gab es ein Projekt einer schweizerischen *Hachschara*. 1938, inmitten der grossen, durch den "Anschluss" und die sogenannte "Kristallnacht" verursachten Flüchtlingswellen, entstand in Lausanne eine Hilfsorganisation für verfolgte Juden durch die Initiative von Nahum Bonstein⁶⁰, eines Juden aus Palästina, der mit einer Schweizerin verheiratet war. Von 1939 an gab diese Bewegung ein Informationsbulletin, *La Délivrance* [Die Befreiung], heraus. Im selben Jahr trafen ihre Vertreter die Waadtländer Behörden, um ihnen das Projekt einer jüdischen Landwirtschafts-Schule im Kanton vorzustellen, die für die Flüchtlinge bestimmt war und ihre Einwanderung in Palästina fördern sollte.⁶¹ Der Staatsrat Ferdinand Porchet empfing den Vorschlag mit einem gewissen Wohlwollen. Aber er gab sich in bezug auf die praktischen Aspekte des Plans reserviert. Dieser entwickelte sich allem Anschein nach wegen des Kriegs nicht weiter.

Das Projekt tauchte 1941 wieder auf. Am 16. März dieses Jahres versammelte das Komitee der *Délivrance* in Lausanne jüdische Organisationen, die an der *Hachschara* interessiert waren, und erhielt prinzipiell ihre Zustimmung.⁶² Für dieses Ziel erwarb die *Délivrance* in Bex das Gebäude und das Grundstück der *Villa-les-bains* und nahm erneut Kontakt mit den Waadtländer Behörden auf. Das Schicksal dieser Flüchtlinge befand sich damals in den Händen von Heinrich Rothmund, dem Chef der Polizeiabteilung des EJPD, dem die Fremdenpolizei unterstellt war, und die *Délivrance* wandte sich auch an ihn. Er empfing sie zu einem Gespräch am 27. März, um ihnen zu ermöglichen, ihr Projekt direkt vorzustellen.⁶³ Die danach folgende Korrespondenz mit Rothmund war für dieses Projekt alles andere als erfreulich. Zuerst schätzte er es als zu unpräzise und unrealistisch ein, aber besonders warf er ihm vor, die Flüchtlinge exklusiv auf die Auswanderung in nur ein einziges Land vorzubereiten und sich bloss für die zionistischen Interessen, nicht aber für diejenigen der Schweiz einzusetzen.

In derselben Zeit bekräftigte Rothmund in den regelmässigen Unterhaltungen mit Saly Mayer seine Opposition zu Projekten dieser Art. Prinzipiell war er nicht gegen die Ausreise von Juden nach Palästina, aber es war eine politisch zu heikle Angelegenheit. Öfters betrachtete er dieses Projekt als rein zionistisch und den Zionismus als eine "unschweizerische Ideologie".⁶⁴

60 Zu N. Bonstein vgl. Un pionnier du sionisme en terre vaudoise, in: *L'Hebdo*, 6. Februar 1992.

61 Staatsarchiv des Kantons Waadt (StA VD), K XII A/752. Es existiert auch ein *Manuskript* einer Studie von Claude Cantini zu diesen Dokumenten.

62 Cantini, Claude, aaO 3 und Archives Yad vaShem, JP-P.36, Akte 12 und 24.

63 Cantini, Claude, aaO 4.

64 Yad vaShem Archiv, JP-P.36, Akte 12.

In Wirklichkeit scheiterte das Projekt weniger an der Feindschaft von Rothmund, sondern an den Rivalitäten zwischen jüdischen Organisationen. Der *HêChaluz* warf der *Délivrance* vor, kein richtiges Ziel zu haben, da das Grundstück in Bex ohne Rücksprache mit ihm angekauft worden sei, und er hielt ihr vor, als erste Schüler Mitglieder der [antizionistischen] *Agudat Israel* aufgenommen zu haben. Schliesslich schätzte Nathan Schwalb die *Délivrance* als nicht zionistisch ein und meinte, sie diene nur ihren eigenen Interessen.⁶⁵ Die *Délivrance* wandte sich darauf an den schweizerischen Zionistenverband, um ihm vorzuschlagen, das Grundstück zu erwerben und dort eine *Hachschara* unter seinem Namen einzurichten. Anlässlich seines Delegiertentages vom 7. September 1941 in Lausanne schlug der Zionistenverband dieses Angebot aus und legte es gleichwohl einer Untersuchungskommission vor.⁶⁶

Erst gegen Ende 1943 nahm das Projekt der *Hachschara* in Bex eine konkrete Wendung, allerdings unter anderen Auspizien. Im Oktober dieses Jahres kam eine Gruppe junger Flüchtlinge aus Jugoslawien an, nachdem sie Italien durchquert hatten.⁶⁷ Sie besaßen palästinensische Zertifikate, wurden aber daran gehindert, in den Nahen Osten zu reisen. Der *HêChaluz* beschäftigte sich mit ihrer Unterbringung. Er kaufte die Liegenschaft in Bex zusammen mit dem Zionistenverband und übernahm die Leitung.

Ende Februar 1942 befanden sich in Bex ungefähr 80 junge *Chaluzim*, Mädchen und Jungen, von denen 55 zwischen 8 und 16 Jahren, 25 älter als 16 waren. Die jüngsten wurden vom Schweizerischen Hilfswerk für Emigrantenkinder (SHEK) betreut und in einem geringeren Ausmass vom Kinderhilfswerk des Roten Kreuzes, während die älteren vom Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen (VJSF) betreut wurden.⁶⁸ Der *Joint* beteiligte sich anscheinend auch, da er allen daran beteiligten Organisationen wichtige Unterstützungsgelder besorgte.

Inzwischen, im März 1943, hatte der Schweizerische Zionistenverband ein Heim für die *Jugendaliyah* in Versoix bei Genf mit Hilfe derselben Organisation eingerichtet.⁶⁹ Ihre Vorbereitung war aber weniger praktisch als diejenige von Bex, weil ihnen die passende Ausrüstung fehlte. Später wurden andere Heime desselben Typs in Weggis, Krattigen und Engelberg eröffnet.⁷⁰ Als der Krieg beendet worden war, warteten 2000 Flüchtlinge in der Schweiz auf ihre Ausreise nach Palästina. Im Verlauf des Jahres 1945 leerten sich die Schweizerheime der

65 Ebd.

66 Ebd. und Akte 24.

67 Ebd.

68 Ebd.

69 Vgl. Haymann, Emmanuel, *Le Camp du bout du monde, des enfants juifs de France à la frontière suisse*, Genève 1942, den Fonds Saly Mayer und das Archiv des Zentralkomitees der SZV.

70 The Jewish Agency for Palestine Child and Youth Immigration Bureau (Hg), *Bericht über die erste Nachkriegstagung der europäischen Jugendaliyah-Delegierten in Versoix-Genf*, Continental Office 1946.

Jugendaliyah. Ihre Einwohner konnten allmählich ihren endgültigen Bestimmungsort erreichen.

Obwohl die Zahl der Ausreisenden von ihrem Gebiet nicht beträchtlich war, spielte die Schweiz während der Feindseligkeiten eine nicht zu vernachlässigende Rolle zugunsten der Jugendaliyah, indem sie es dem *HêChaluz* ermöglichte, seine Aktivitäten fortzusetzen und den Kontakt mit den auf das von den Nazis besetzten Territorium zerstreuten Gruppen aufrecht zu erhalten.

Auf lokaler Ebene gehörten die Zionisten der Schweiz zu den stärksten Gegnern der offiziellen Linie des Gemeindebundes bezüglich des Flüchtlingsproblems, wie sie Saly Mayer verteidigte⁷¹. Sie warfen ihm mangelnden demokratischen Geist und seine zu grosse Gefälligkeit gegenüber den eidgenössischen Behörden vor, insbesondere gegenüber Rothmund. In Genf waren Professor Paul Guggenheim und Rechtsanwalt Erwin Haymann, der Präsident des Zionistenverbands, besonders aktiv.⁷² 1942 unterzeichneten sie eine Petition, die eine ausserordentliche Versammlung des Gemeindebundes über diese Frage verlangte. Ausserdem sprach sich Guggenheim in Zürich lebhaft gegen Saly Mayer aus. Der Text dieser Rede wurde in der ganzen Schweiz durch die Zürcher zionistische Gruppe verteilt.⁷³ Dieser Konflikt ereignete sich offensichtlich im Spannungsfeld der traditionellen Opposition zwischen philanthropischer Behandlung und politischer Lösung, die Probleme der Juden zu bewältigen.

Die Kritiker klagten den Gemeindebund an, eine undurchsichtige Politik zu führen, ohne die Delegierten der Gemeinden genügend zu informieren. Sie unterstrichen den "flagranten" Mangel an Respekt seitens der Behörden gegenüber dem Gemeindebund. Sie waren der Ansicht, dass die Delegierten der Gemeinden, an erster Stelle Mayer, guten Willens, aber nicht die Männer der richtigen Stunde seien. Haymann warf dem Gemeindebund vor, die Schweizer Juden von den anderen Juden zu desolidarisieren. Weiter klagte er Mayer an, in seinen Vorträgen behauptet zu haben, dass man nicht zur selben Zeit zwei Nationalitäten dienen könne und wählen müsse. Letzterer habe auch erklärt, dass er keine zionistische *Hachschara* in der Schweiz wolle.⁷⁴ Guggenheim gab vor, dass man in Bern, als Herr Saly Mayer ankam, gewusst habe, Mayer würde alles, was man wolle, zugestehen. Weiter beharrte er darauf, dass der Präsident des Gemeindebundes früher von Delegierten während der offiziellen Diskussionen begleitet worden sei. Die Zionisten verlangten ausserdem, dass die Eidgenossenschaft mehr zur Finanzierung der Hilfe an die Flüchtlinge beitrage.⁷⁵

Man muss zugestehen, dass es sich die Anhänger der Linie des Gemeindebundes leicht machten zu sagen, es sei einfach zu kritisieren, ihre Opponenten hätten aber keine glaubwürdige Lösung vorzuschlagen. Unter dem Druck der

71 Picard, Jacques, *Die Schweiz und die Juden*, Zürich 1994.

72 *Procès-Verbaux du comité de la Communauté Israélite de Genève*, 10. und 19. Dezember 1942, 14. März 1943 (Manuskripte).

73 Ebd.

74 Ebd.

75 Ebd.

Kritiker musste Saly Mayer die Präsidentschaft des Gemeindebundes abgeben, um im März 1943 Saly Braunschweig Platz zu machen. Diese kleine Revolution führte zu einer Restrukturierung der Organisation, ohne indessen die Position bei den eidgenössischen Behörden zu verändern. Die Manövrierfreiheit des Gemeindebundes war gleich null. Der hauptsächliche Beitrag der Schweizer Zionisten während des Krieges blieb ihre Zusammenarbeit mit ihren Kameraden aus dem Ausland, die sich provisorisch auf dem Schweizer Territorium befanden, um den jüdischen Flüchtlingen zu helfen und sie auf eine neue Existenz in Israel vorzubereiten, indem sie das Ende der Feindseligkeiten erwarteten, das ihnen ihre Abreise ermöglichte. Es ist zutreffend, dass diese Aktivität wesentlich durch "nichtzionistisches" Geld finanziert wurde, das der *Joint* besorgte.

Epilog

Nach dem Ende der Feindseligkeiten und dem Zusammenbruch des Dritten Reiches bewahrten die Schweizer Behörden ihre Reserve gegenüber zionistischen Aktivitäten, die sich auf ihrem Territorium abspielten. Auch wenn der bedrohliche Schatten des Reiches verschwunden war, musste man fortfahren, England zu befriedigen, das immer noch Mandatsmacht war, und die Schweizer Interessen in den arabischen Ländern zu wahren.

Anlässlich des 22. Kongresses 1946 enthielten sich die Bundesbehörden erneut einer Antwort auf die Einladung der zionistischen Organisatoren - im Gegensatz zu den lokalen Behörden, welche die Kongressteilnehmer wie üblich während der Eröffnungssitzung grüssten. Die Schweizer Regierung war sehr beunruhigt über mögliche Reaktionen der Regierung Englands und Ägyptens, wo eine wichtige Schweizerkolonie fortbestand. Die beiden Länder erhoben indessen keinen Einwand gegen die Abhaltung des Kongresses. Diese Ereignisse konnten in der Schweiz wie "eine Art Tradition" betrachtet werden.⁷⁶ Das eidgenössische politische Departement begnügte sich, als Beobachter einen Gesandtschaftsrat Jean Ducroux zu entsenden, der sich jeglicher Erklärung enthielt. Dem EPD ging es insbesondere darum, Distanz zu wahren zu dem, was man als "Pulverfass" betrachtete.

Das EJPD beunruhigte sich ebenfalls über die Abhaltung eines Zionistenkongresses in der Schweiz zu einem derart delikaten Moment. Es befürchtete die Gefahr terroristischer Attentate und - wie immer - die Möglichkeit, dass Fremde die Gelegenheit nutzten, ihren provisorischen Aufenthalt zu einem definitiven umzuwandeln. Bechtold, der Chef der eidgenössischen Fremdenpolizei, stellte sich die Frage "einer Nützlichkeit der Versammlung eines Zionistenkongresses in der Schweiz zu einem Moment, in dem sich das israelitische Problem in be-

76 Über den 22. Kongress vgl. BAB, E 2001 (E) 1/258 und Roy, Michel, *La reconnaissance d'Israël par la Suisse (1948-1949)*, Lizentiat, FL MH 424, Genève 1992.

sonderer Schärfe stellt und riskiert, in gewissen Ländern in einen bewaffneten Konflikt auszuarten”.⁷⁷

Im Jahr 1948 nahmen die Bundesbehörden anlässlich der Versammlung des Jüdischen Weltkongresses in Montreux notabene eine ähnliche Haltung ein. Der Präzedenzfall von 1936 wurde erwähnt, und das eidgenössische politische Departement stiess sich daran, dass arabische Kreise der Schweiz vorwarfen, “die Wiege des Zionismus gewesen zu sein”⁷⁸: Der Bund fuhr fort, eine vorsichtig neutrale Haltung gegenüber den zionistischen Aktivitäten einzunehmen, bis zur Schaffung des Staates Israel. Dieses grundlegende historische Ereignis bewirkte keine Begeisterung bei der Schweizer Regierung, die sich nicht beeilte, den neuen Staat anzuerkennen.⁷⁹

Es ist jedoch interessant, daran zu erinnern, dass der Sekretär des Schweizer Konsulats in Palästina in Tel Aviv Ende der 30er Jahre die Dinge ganz anders sah. In seinen regelmässigen Berichten an das EPD stellte er das zionistische Unternehmen in einem günstigen Licht dar und kritisierte die Haltung der Engländer nach der arabischen Revolte und dem Teilungsplan der Peelkommission. 1938 erklärte er sich positiv eingestellt zu einer Masseneinwanderung von Juden nach Palästina. Seines Erachtens konnte der Region nichts Besseres zustossen, und die Araber selbst hätten nichts zu verlieren.⁸⁰ Er unterstrich, dass Palästina zur biblischen Zeit Millionen Einwohner aufwies. Lutz wurde später, als er Vizekonsul der Schweiz in Budapest war, durch sein Handeln während des Krieges zugunsten der Juden Ungarns bekannt. Dies brachte ihm eine Ehrung als “Gerechter der Völker” durch das Institut *Yad vaShem* und den Staat Israel ein.

Zusammenfassend scheint es, dass die eidgenössischen Behörden während der ganzen Periode zwischen 1927 und 1946 auf Distanz zur zionistischen Bewegung bedacht waren. Zwei Motive lassen sich bei den Behörden feststellen: erstens, alles verhindern, was zu einer Überfremdung oder einer “Verjudung” führen könnte, zweitens, um jeden Preis die Neutralität des Landes aufrechtzuerhalten. Diese zwei traditionellen Akzente der Eidgenossenschaft wurden mit dem Zustrom der Flüchtlinge und dem Weltkrieg wesentlich. Die zionistischen Aktivitäten scheinen aber in den Augen der Schweizer Regierung nie einen ausreichenden Grund zur Beunruhigung dargestellt zu haben, um eine Abhaltung zu untersagen, obwohl Vorschläge in diesem Sinne aus dem EJPD gemacht worden waren. Dies wäre auf alle Fälle ein Gegensatz zur Empfangstradition für ausländische Kongresse in der Schweiz gewesen. Es ist aber auch wahr, dass dieses Land fähig war, die Abhaltung jeder Versammlung abzuwehren, wenn sie ihm zu bedenklich und zu kompromittierend erschien, wie dies 1938 mit der Evian-Konferenz der Fall war.

Allzu zufrieden, über einen Handlungsort in Frieden und Sicherheit inmit-

77 BAB, aaO und Roy, Michel, aaO.

78 BAB, E 2001 (E) 1/232 und Roy, Michel, aaO.

79 BAB, aaO und Roy, Michel, aaO.

80 BAB, E 2300 JAFFA/1, 1937 und 1938.

ten eines antisemitischen Sturms zu verfügen, enthielten sich die zionistischen Organisationen streng, die Haltung der Schweiz zu den Flüchtlinge offen zu kritisieren. Trotz der Kühle des Empfangs, mit der sie die Bundesbehörden bedacht hatten, liessen die zionistischen Vertreter keine Gelegenheit aus, ihre Dankbarkeit für die Unterstützung, die sie ihren Aktivitäten anboten, zu äussern. Anlässlich eines jeden Kongresses, der sich zu dieser Zeit in der Schweiz abspielte, war die jüdische und zionistische lokale Presse angefüllt mit Artikeln, die lange Lobeshymnen auf das Gastland als eines Hafens der Demokratie und Toleranz sowie der paradiesischen natürlichen Schönheiten enthielten.⁸¹ Wie Weizmann, sah Nahum Goldmann in der Schweiz ein Modell für den Zionismus. Man kann auch noch den erwähnten Aufsatz von Paul Guggenheim in Erinnerung rufen. Die Schweizer Zionisten sparten nicht mit Kritik gegen die Politik des Gemeindegewerks hinsichtlich des Flüchtlingsproblems, aber die Debatte blieb auf die lokalen jüdischen Milieus beschränkt und hatte nur eine minimale Wirkung auf die Schweizer Regierung. Wenn die Schweiz ihre Empfangspolitik, d.h. die Abweisung der jüdischen Flüchtlinge gegen Ende des Krieges milderte, geschah dies vor allem als Antwort auf den Druck der Alliierten, die davon ausgingen, dass sich der Konflikt zu ihren Gunsten entwickle.

Die Schweiz ist ein Land, das man als "asemitisch" bezeichnen könnte; eine subtile, aber wirksame halboffizielle, halboffiziöse Politik, die fremdenfeindlich und antisemitisch inspiriert war, ordnete sich dem Problem über. Diese Politik hat die Juden im Zustand einer unbedeutenden Minderheit ohne wirkliches politisches, soziales oder kulturelles Gewicht gehalten. Man kann indessen im aktuellen Fall festhalten, dass die Abwesenheit einer lokalen "Judenfrage" - wegen der präventiven Handlungsweise - es den Behörden des Landes erlaubt hat, sich zu Aktivitäten relativ grosszügig zu zeigen, die sie niemals sehr ernst genommen und die sie im Grunde nicht interessiert haben. Auf diese Weise hat die Schweiz, ohne es wirklich gewünscht zu haben, aber auf Basis der charakteristischen Ziele, die ihr eigen waren, der zionistischen Sache einen wichtigen Dienst erwiesen - auch zur Zeit der Nazierrschaft.

81 Picard, Jacques, aaO 242-249, s.o. Anm. 71. Siehe auch die Artikel in der *Jüdischen Pressezentrale* und im *Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz* zur Zeit der Kongresse.